

Das Zentralkomitee der Sowjets hat 9 weibliche Mitglieder. An den Arbeiterfakultäten studieren 3683 Frauen; eine bedeutende Anzahl hat auch die kommunistische Universität bezogen. Das Z. K. der K. P. R. veröffentlicht zwei Zeitschriften für Frauen; in der Provinz erscheinen ungefähr 60 Arbeiterinnenblätter.

Diese ganze ungeheure Arbeit unter den Arbeiterinnenmassen ist nur unter der Diktatur des Proletariats möglich. Die Oktoberrevolution hat die Lage der Arbeiterinnen radikal geändert und ihnen ebenso wie der Bäuerin weite Perspektiven geöffnet. Die erwachte Arbeiterin beweist eine durchaus kommunistische Gesinnung. Ich fordere die Genossen der anderen kommunistischen Parteien auf, die Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen mit größtem Fleiß zu betreiben; ihre Teilnahme an der Einheitsfront verheißt Erfolg im endgültigen Kampf.

KASPAROWA (Rußland): Seit dem 2. Weltkongreß der K. I. traten im Orient folgende Erscheinungen ein: 1. die Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern unter Ausdehnung dieser Bewegung auch auf die Frauenmassen; 2. der Beginn einer proletarischen Klassenbewegung fast in allen Ländern des Orients und die gleichzeitige Bildung kommunistischer Parteien. Zugleich bemerken wir eine immer stärker werdende aktive Teilnahme der Frauen. So haben wir in Japan 3 047 902 Arbeiter und 3 225 363 Arbeiterinnen bei einer Bevölkerung von 28 042 395 Männern und 27 918 145 Frauen. Im Jahre 1911 zählte in Britisch-Indien die werktätige Bevölkerung ungefähr 101 825 424 Männer und 47 359 582 Frauen von insgesamt 320 600 000 Einwohnern. Davon waren in der Industrie 11 500 000 Männer und 6 000 000 Frauen beschäftigt. In Ägypten, wie auch in Syrien steigt die Zahl der Arbeiterinnen in den Baumwollfabriken und den Seidenspinnereien, ebenso wie in der Tabakindustrie beständig. Auch in China, wo die Industrie schwächer entwickelt ist, haben wir über 200 000 Fabrikarbeiterinnen.

An den Streiks in Japan in den Jahren 1918—1920 waren große Frauenmassen beteiligt; ebenso am großen Weberstreik in China 1921. In Indien hatten wir nach dem Weberstreik in Bombay und in Ahmedabad 1916 den Streik der Madura-Fabrik in Madras im Jahre 1920 (700 Arbeiterinnen), dann den Streik der Porzellanfabrik in Bombay, wo 1922 die Organisation des Allindischen Gewerkschaftsbundes der Arbeiterinnen entstand.

In allen Orientländern, wo eine starke nationale revolutionäre Bewegung besteht, wie in Korea, Indien, Ägypten und sogar in der Türkei, nimmt die Frau an ihr regen Anteil. So hat uns die Entwicklung bei den Frauenmassen der Orientvölker ein fruchtbares Terrain für kommunistische Propaganda und Agitation geschaffen. Die Erfahrungen im Sowjetkaukasus und Turkestan lassen sich auch auf die übrigen Gebiete des Ostens übertragen.

Die antiimperialistische Einheitsfront, ebenso wie die Arbeiterinnen-Einheitsfront kann nur unter Hinzuziehung der breitesten Frauenmassen verwirklicht werden. (Lebhafter Beifall.)

#### DIE RESOLUTION ZUR FRAUENFRAGE

lautet u. a. wie folgt:

Der 4. Weltkongreß billigt die Tätigkeit des Internationalen Kommunistischen Frauensekretariats in Berlin in der Berichtszeit.

Das Internationale Kommunistische Frauensekretariat hat sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der organisierten Kommunistinnen in den verschiedenen Ländern international zu verbinden. Seine gesamte Tätigkeit geschah in stetem, festen Einvernehmen mit der Exekutive der K. I. und unter ihrer Leitung. In dem Vordergrund des Wirkens stand der Kampf zur Verteidigung der dringendsten Bedürfnisse. In den Sowjetstaaten war dagegen das Bestreben, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Aufbau des proletarischen Staates heranzuziehen.

Der Wert und die Unentbehrlichkeit besonderer Organe für die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist auch erwiesen durch die Tätigkeit des Frauensekretariats für den Osten.

Der 4. Weltkongreß der K. I. muß leider feststellen, daß einige Sektionen ihre Pflicht nicht oder nur unvollständig erfüllt haben, die kommunistische Arbeit unter den Frauen planmäßig zu fördern und fordert die betreffenden Sektionen nachdrücklichst auf, das Versäumte schleunigst nachzuholen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

## FÜNFUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 28. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS

Vorsitz: Neurath, später Marchlewski, Clara Zetkin.

Reder: Hoernle, Krupskaja, Cachin, Gennari, Smeral, Radic.

### DIE ERZIEHUNGSFRAGE.

HOERNLE (Deutschland): Genossen und Genossinnen! Die Kommunistische Internationale kann ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie ihre Politik streng marxistisch fundiert. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sie eine sorgfältige theoretische Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre vornimmt. Diese politische Erziehungsarbeit ist aber auch schon deshalb notwendig, weil die kommunistischen Parteien alle junge Parteien sind. Die Massen der Parteimitglieder leiden heute noch unter den Nachwirkungen und Überresten der alten kleinbürgerlichen und reformistischen Ideologie.

Das Schwergewicht der kommunistischen Parteiarbeit liegt nicht bei einer kleinen Anzahl von Führern, sondern bei den Massen der Mitglieder. Die Form, in der die Partei ihre Arbeit leistet, die Arbeit in Fraktionen und Zellen erfordert, daß jedes einzelne Mitglied ein Minimum von politischer Kenntnis, von marxistischer Schulung und auch von formaler Fähigkeit, wie Redegewandtheit, Beherrschung der Versammlungstechnik usw. besitzt.

Die reformistische Bildungsarbeit wendet sich in erster Linie an den individualistischen Egoismus des Einzelnen. Sie liefert dem Arbeiter fertige Resultate in schlechter Popularisierung, die zweifel-

haften Früchte bürgerlicher Wissenschaften. Die kommunistische Bildungsarbeit zeigt hingegen dem Proletarier die Klassenbedingtheit der ganzen bürgerlichen Wissenschaft und sagt der gesamten bürgerlichen Wissenschaft, Kunst, Moral und Religion den schärfsten Kampf an.

Die kommunistische Bildungsarbeit muß sich deshalb, weil sie ganz streng dem Kampfe dient, gewisse Schranken auferlegen. Sie muß eine gewisse Auslese des Bildungstoffes vornehmen, in dem Sinne, daß sie ihre Mitglieder in die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einführt, ihnen die Grundbegriffe des Marxismus und die Richtlinien der Kommunistischen Internationale beibringt. Daneben muß sie dort, wo die breiten Massen noch stark im klerikalen Bann stehen, sie mit der Entwicklungsgeschichte in der Natur und der Entstehung der Religion bekanntmachen. Dort, wo die breiten Massen noch Analphabeten sind, muß die K. P. sogar Elementarbildung vermitteln.

Neben der allgemein politisch-marxistischen Bildungsarbeit unter den breiten Massen der Mitglieder muß jede Partei eine spezialisierte Erziehungsarbeit unter den Funktionären leisten. Die kommunistische Bildungsarbeit soll sich auch auf die Massen außerhalb der Partei, die Sympathisierenden, die breiten Massen der Indifferenten erstrecken. Ein großer Philosoph hat das Wort geprägt: es gibt keine größere Kunst als die tiefsten Dinge in der einfachsten Weise zu sagen. Dieses Wortes müssen kommunistische Agitatoren und Propagandisten eingedenk sein.

Die kommunistischen Parteien müssen auch hineingehen in die proletarischen Bildungsorganisationen, die außerhalb der Partei stehen. Ich erinnere an die deutschen proletarischen Freidenker; in anderen Ländern nennt sich die Bewegung „Proletkult“, in England ist die „Plebs-League“. In den meisten dieser Organisationen arbeiten heute schon Kommunisten; aber diese Arbeit ist noch nicht zentral durch die K. P. geleitet. Auch in den kommunalen oder staatlichen Volkshochschulen, sogenannten Volkshochschulen usw. besteht unter Umständen die Möglichkeit einer revolutionären Tätigkeit der Partei.

Die kommunistische Bildungsarbeit unterscheidet sich ja auch wesentlich in ihren Unterrichtsmethoden von der bürgerlichen Lehre und der reformistischen Bildungsarbeit. Anstelle des Lehrvortrages muß in der Hauptsache die Form der Arbeitsgemeinschaft zwischen Schüler und Lehrer treten, bei der der Schüler aus einem passiven in einen aktiven Faktor verwandelt wird. Die kommunistische Bildungsarbeit muß im engsten Kontakt mit der täglichen Praxis und der täglichen Kampfarbeit betrieben werden. Sie muß den politischen Gesichtspunkten und den politischen Tagesinteressen untergeordnet sein. Das muß rein organisatorisch darin zum Ausdruck kommen, daß die verantwortlichen Funktionäre für die Erziehungsarbeit, die Bildungsobleute nicht aus irgendwelchen Literaten, Ästheten, Schriftstellern genommen werden, die sozusagen an der Peripherie der Partei als Schlachtenbummler der Revolution herumlaufen, sondern aus den besten politischen Funktionären und Kämpfern der Partei. Steht die Partei in einer Aktion, die jedes Mitglied an die Front ruft, so muß die ruhige theoretische Arbeit natürlich zurücktreten, um im Augenblick des Aufbaues sofort wieder stark in den Vordergrund gestellt zu werden.

Auch die schwächste Partei kann diese wenigen Forderungen erfüllen. Ein guter, praktisch bewährter Genosse wird imstande sein, die neuen Mitglieder, die noch politisch rückständigen Mitglieder in ihre Aufgabe einzuführen.

Ein schwerer Fehler wäre es, wenn man die Herausgabe von Lehrbüchern- Kursus-Dispositionen, Leitfäden der Initiative einzelner Ortsgruppen, Personen oder Verlagsanstalten der Partei überlassen würde. Auch hier vor allem Zentralisation. Die Ortsgruppen der Partei sind verpflichtet, durch Schaffung von Büchereien dem Mangel an Büchern abzuwehren. Die Zentralstelle, die eine Partei für die Leitung der Bildungsarbeit schafft, muß neben der Herausgabe von Leitfäden, Muster-Dispositionen usw. auch versuchen, die vorhandenen revolutionären oder revolutionär-gesinnten Künstler, Schauspieler, schriftstellerischen Kräfte zu organisieren zur Arbeit im Dienste der kommunistischen Propaganda. Zur Bildungsarbeit gehört unter allen Umständen auch die Bildungsarbeit unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterkindern.

Die Kommission macht dem Kongreß den Vorschlag, bei der Exekutive der K. I. eine Sektion einzurichten, die die Bildungssekretariate der einzelnen Parteien international leitet. In welcher Form das geschehen soll, mag Gegenstand späterer Erörterungen sein. Aber wir halten es für notwendig, daß aus den einzelnen Parteien praktisch bewährte und theoretisch geschulte Genossen die Möglichkeit erhalten, hier am Sitz der Exekutive eine wirklich marxistische Durchbildung zu erhalten. Dem Mangel an marxistisch-wissenschaftlich geschulten Genossen in allen Ländern soll eben die Akademie hier am Orte abhelfen. (Lebhafter Beifall.)

KRUPSKAJA (spricht von den russischen Erfahrungen): In seiner Schrift „Was tun?“ entwickelte Gen. Lenin vor 20 Jahren den Standpunkt, daß jedes Parteimitglied nicht nur das Programm der Partei annehmen, sondern auch *aktiv* sein muß. Diese Frage ist ja auf dem 2. Kongreß der Partei, 1903, die Ursache der Parteisplaltung zwischen den Bolschewiki und Menschewiki gewesen. Auf den ersten Blick schien der Unterschied nicht groß; aber unsere Partei hat nur dadurch großen Einfluß auf die Massen und aus diesem Grunde den Sieg erringen können, weil ihre Parteimitglieder aktive Mitglieder sind.

Die Frage der Agitation wurde für uns zum ersten Male aktuell am Ende der neunziger Jahre. Die Richtung der Zeitschrift „Rabotschaja Mysl“ (Arbeitergedanke) überschätzte die Bedeutung der unmittelbaren elementaren Bewegung der Arbeiter und glaubte gar, daß die Theorie überhaupt nicht notwendig sei. Unsere Partei führte damals einen energischen Kampf gegen diese Richtung. Die Richtung des „Rabotscheje Djelo“ (Arbeitersache) behauptete, daß die Agitation nicht vertieft werden müsse, daß man nur der Arbeiterklasse zu folgen brauche. Die Leningruppe des Blattes „Iskra“ (Funke) führte gegen diese Richtung einen leidenschaftlichen Kampf. Der Marxismus half der Partei, die Bedeutung der Agitation richtig einzuschätzen.

Die Partei verstand es, alle Mittel der Agitation auszunützen. Ich möchte hier auf eine Form der Agitation hinweisen, die besonders während des Krieges zu großer Entwicklung gelangte, nämlich die Agitation mit Hilfe der Kunst. Der Arbeiter, die Arbeitermasse denkt

weit mehr in Bildern als in logischen Folgerungen, und aus diesem Grunde übt eine künstlerische Agitation durch Plakate und Musik und das Theater auf die Werktätigen eine unwiderstehliche Wirkung aus.

Die K. P. R. trennte nie die Frage der Agitation und Propaganda von ihrer grundlegenden Aufgabe. Jetzt, nachdem die Partei legal geworden ist, ist unsere ganze Aufklärungsarbeit, unsere ganze Tätigkeit in den Gewerkschaften von denselben Traditionen durchdrungen, wie wir sie in der illegalen Zeit hatten. Gegenwärtig sehen wir, daß die Masse sich auf das Gebiet des Denkens zurückzog; sich in sich selbst zurückzog. Die Gesamtaufmerksamkeit ist auf die Beschaffung einer materiellen Basis für die Errungenschaften der Revolution konzentriert; aber diese Frage ist eng verbunden mit der Änderung des Personalbestands, der Hebung der Masse auf eine höhere Kulturstufe.

Wir leben jetzt gerade in einer Periode, in der eine tiefe, innere, unmerkliche Arbeit im Gange ist. Die Arbeiterklasse, die Arbeiterjugend Rußlands widmet sich jetzt mit allen Kräften dem Lernen. Wenn die Weltrevolution in Europa aufflackert, dann können wir hoffentlich behaupten, daß wir fertig dastehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

#### DER VERTRAG VON VERSAILLES.

CACHIN: Genossen, wir haben hier die Folgen des Vertrages von Versailles und der übrigen Verträge, die auf ihn folgten, zu untersuchen.

Frankreich ist gegenwärtig, sagen seine Machthaber, das konsolidierteste Land Europas. Die französische Bourgeoisie mimt offiziell in chronischer Weise die größte Seelen- und Gemütsruhe. Aber man rechnet für die nächste Zukunft — nach 3—4 Jahren — mit dem Eintreten eines Zeitpunktes, da das französische Budget kaum genügen wird, um die Zinsen der Gesamtschuld zu bezahlen. Vom Budget 1929—1930, sagte der Berichterstatter des Budgets im Parlament, wird nichts übrig bleiben, um die Kosten der staatlichen Dienstzweige zu decken. Bis 1922 kam keine einzige Goldmark nach Frankreich, keine einzige Wareneinfuhr; die deutschen Zahlungen in Gold, die etwas mehr als eine Milliarde betrugen, wurden an Belgien und England geleistet. Frankreich hat bisher ungefähr 80 Milliarden als Vorschuß an seine Kriegsbeschädigten ausbezahlt; es unterhielt am Rhein seit Dezember 1918 eine Armee von 90 000 Mann, die 12 Milliarden Goldfrank kostet.

Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß Frankreich nunmehr angefangen hat, den Glauben an das alte Dogma der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu verlieren. Die letzten Kundgebungen des Parlaments und der bürgerlichen Presse beweisen, daß man gegenwärtig die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung ganz anderen Zielen zulenken will. Es scheint im gegenwärtigen Augenblick — und das sind die Aussichten der Konferenz von Brüssel, daß das kapitalistische Frankreich auf das Trugbild der Geldzahlungen verzichtet und seine Hoffnungen auf die Okkupation und die wirtschaftliche Ausbeutung des linken Rheinufers richten wird. Unter dem linken Rhein-

ufer versteht man auch das Ruhrgebiet, und zwar nicht bloß jenes Gebiet, das schon okkupiert ist.

Die Idee der unbegrenzten Okkupation des linken Rheinufer nimmt gegenwärtig immer mehr feste Gestalt an. Man sagt, daß es notwendig sei, die „Sicherheit Frankreichs“ zu wahren. Und da weder England noch Amerika den von ihnen 1919 verlangten Garantiepakt unterzeichnen wollten, müsse Frankreich selber durch seine Armee auf dem linken Rheinufer seine ständige Sicherheit wahren.

Es ist unsere Pflicht, gegen diese Politik ständig zu protestieren. Der Vertrag von Versailles hat durch seine Forderungen im großen Umfange zum Zustandekommen der gegenwärtigen finanziellen Lage, zur äußersten Entwertung der meisten europäischen Valuten beigetragen. Es erübrigt sich, die allen Kommunisten geläufig gewordenen Folgen des Versailler Vertrages aufzuzählen. Wir müssen die Tatsache feststellen, daß die als am intelligentesten bezeichnete Bourgeoisie sich als völlig unfähig erweist, dem Devisensturz, der die bürgerliche Welt andauernd zerrüttet und die sozialen Krisen verschärft, Abhilfe zu tun.

Es ist notwendig, daß die Aktionen der beiden großen am unmittelbarsten von dieser Lage berührten Proletariate: Deutschlands und Frankreichs, immer häufiger im Einklang und Zusammenhang miteinander gebracht werden. Es ist notwendig, daß die vereinigten Delegationen des Kongresses sich verständigen und in Erwartung der schweren Folgen, die die Konferenz von Brüssel für Europa mit sich bringen wird, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist unumgänglich notwendig, daß hier eine großangelegte Aktion, eine gemeinsame Bewegung vorbereitet werde, die unter allen möglichen Formen und mit der größten Energie gegen den Vertrag von Versailles geführt werden muß. Dies ist ein konkreter und unverzüglich zu verwirklichender Vorschlag, den ich dem Kongreß vorlege. (Beifall.)

Vorsitzende CLARA ZETKIN begrüßt den Gen. Gennari, der, von den Faschisten verwundet, gerade eingetroffen ist; es wird ihm ein Platz im Präsidium angeboten.

GENNARI dankt für die Begrüßung. Das Wort zur Fortsetzung der Debatte erhält dann

SMERAL (Tschechoslowakei): Der Friede von Versailles hat den tschechoslowakischen Staat geschaffen. Infolgedessen lebt ein großer Teil der Bevölkerung in der Illusion, der Versailler Frieden sei ein Element des geschichtlichen Fortschritts. In Wirklichkeit sollte die Tschechoslowakei ein Vasallenstaat der kapitalistischen Großmächte der Entente werden. Es war kein Zufall, daß in Versailles in die Grenzen des neugeschaffenen tschechischen Staates unverhältnismäßig viel anderssprachige Bevölkerung einverleibt wurde, deren Selbstbestimmungsrecht nicht berücksichtigt wurde. Die Machthaber der Entente haben sich dabei nach der Losung der Reaktion im früheren Österreich-Ungarn gerichtet: „Teile und herrsche!“ Die tschechoslowakische Majorität wird schon aus innerpolitischen Gründen ein starkes Heer unterhalten müssen, das im Ernstfall eines kriegerischen Konfliktes der Entente zur Disposition stehen wird. Der Krieg endete in Mittel- und Osteuropa mit der Balkanisierung dieses Gebietes. In der Tschechoslowakei besteht ein technisch guter industrieller Apparat für den Kon-

Proletariat des Occidents. Wo wäre billigere Arbeitskraft erhältlich als in den Ländern des Ostens? Und während das Lebensniveau des Proletariats Englands und Europas ständig im Sinken begriffen ist, sehen wir das Kapital nach Osten strömen, nicht nur, um neue Märkte zu erobern, sondern auch, um auf diese Weise das Proletariat des Heimatlandes zu besiegen.

Aber der französische Imperialismus blickt ebenfalls nach Osten und setzt den Kampf fort, der, seitdem Britannien Teile Indiens der französischen Herrschaft entwunden und den Suezkanal an sich gerissen hat, all diese Jahre hindurch angedauert hat. Die gegenwärtige Krise des Nahen Orients und die Lausanner Konferenz bilden die moderne Fassung der Schwierigkeiten, die bis in die Zeit der ersten Kämpfe des französischen und britischen Imperialismus zurückgreifen.

Der Kampf zwischen Frankreich und Britannien wird sowohl im Westen als auch im Osten immer schärfer werden. Infolge des Versailler Vertrags ist Frankreich allmählich sowohl zu einem Industrieland als auch zu einem Agrarland geworden. Es hat jetzt Aussicht, in der Stahlproduktion das zweite Land der Welt zu werden (an erster Stelle steht Amerika). So wird Frankreich ein scharfer Konkurrent Englands an Deutschlands Stelle. Der Versailler Vertrag hat sich darum als Vertrag herausgestellt, der noch andere Fragen als nur die Reparationsfrage erhebt. Mit Hilfe dieses Vertrages raubte Britannien nicht nur Deutschlands Kriegsflotte, sondern auch seine Handelsflotte. Laut Vertrag hat Deutschland monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich zu liefern. Der Erfolg davon war eine Überschwemmung Frankreichs mit Kohle, und der britische Kohlenexport war erstickt. Dann erfolgte ein wütender Angriff auf die Grubenarbeiter, die man zu entsetzlichen Lebensverhältnissen herabzwang. Und was sehen wir in Frankreich? Schließung der Gruben, Angriff auf die Löhne und eine Überhäufung des ganzen Marktes mit britischer und Reparationskohle.

Durch die Balkanisierung Europas wurden die Massen Westeuropas in Bewegung gesetzt und die Orientvölker geweckt. Hier muß die K. I. mit der Arbeit ansetzen. Der Versailler Vertrag führt den Weltkrieg oder die Weltrevolution herbei. Ihm ein Ende bereiten, hieße dem Imperialismus ein Ende bereiten, und die einzige Waffe, mit der man dem Imperialismus ein Ende machen kann, ist die Weltrevolution.

KELLER (Polen): Ganze Generationen hindurch, im Verlauf des ganzen 19. Jahrhunderts galt der Name Polen als Pseudonym der Insurrektion. Marx und Engels waren bekanntlich glühende Anhänger der Wiederherstellung Polens. Aber seither ist in Polen infolge des Aufblühens des Kapitalismus eine neue Ära, eine neue Revolution gemacht worden. Die besitzenden Klassen, mit der Großbourgeoisie an der Spitze, verzichteten auf die traditionellen Tendenzen der nationalen Unabhängigkeit. Als in Polen die Arbeiterbewegung einsetzte, spielten die patriotischen Traditionen ihr gegenüber eine ausgesprochen reaktionäre Rolle. Nach dem Sturz des Zarismus, nach der Aufrichtung der proletarischen Regierung in Rußland, beeilten sich die besitzenden Klassen Polens, durch die Errichtung eines bürgerlichen und reaktionären, und sodann unabhängigen polnischen Staates, sich zu isolieren.

Der Entente handelte es sich darum, Sowjetrußland durch einen Damm vom übrigen Europa zu trennen. Polen wird in der Hand der Entente zu einem mächtigen Kriegsinstrument gegen die russische Revolution. Auch nach der Niederlage sämtlicher Kriegsunternehmungen gegen Sowjetrußland verschwand der Interventionsplan gegen Rußland aus dem Programm Pilsudskis nicht.

Die Zerstückelung Sowjetrußlands, die Separation der Ukraine, Weißrußlands, des Kaukasus, die Schaffung eines Kranzes von unabhängig genannten Staaten, von Finnland angefangen über Estland, Lettland, Litauen und Rumänien bis zu Georgien unter der Hegemonie eines mächtigen Polen im Zentrum — das sind für Pilsudski und seine Freunde die einzigen wirklichen Garantien der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes.

Es ist auch natürlich, daß Polen durch seine Leiter und Schutzmächte in ein ungeheures militärisches Lager verwandelt worden ist. Hieraus folgt eine immer zunehmende Abhängigkeit Polens von den Briganten der Entente. Das französische Kapital, das Polen die Okkupation Oberschlesiens zugesichert hatte und die endlose Okkupation Ostgaliziens duldet, eignete sich als Entlohnung die schlesischen Bergwerke und Betriebe und die galizischen Mineralölquellen an.

Die Grenzen des imperialistischen Polens umfassen jetzt 40 % nichtpolnischer Volksrassen: Deutsche, Ukrainer, Juden, Litauer, Weißrussen. Als militaristischer Staat führt Polen einen unerbittlichen Krieg gegen jederlei Selbständigkeitstendenz.

Weit davon entfernt, der polnischen Nation die Unabhängigkeit zu gewähren, hat der Friedensvertrag von Versailles und der französisch-polnische Vertrag von 1921 aus Polen eine Kolonie gemacht. Der französische Gesandte in Polen interveniert regelmäßig in allen inneren Angelegenheiten des Landes, und zwar stets im reaktionärsten Sinne. Eine polnische Regierung, die den Mut und die Kraft hätte, diese Bande zu zerreißen, würde schon dadurch eine revolutionäre Handlung von größter Tragweite vollbringen. Wenn also das polnische Proletariat für die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles kämpft, erfüllt es nicht nur seine internationale Pflicht, sondern kämpft auch für seine eigene Befreiung, für seine eigene Revolution.

CONNOLLY (Irland): Als der Versailler Friedensvertrag entworfen wurde, war die irische nationalrevolutionäre Bewegung noch nicht in den entscheidenden Kampf gegen die englische Herrschaft in Irland eingetreten. Die kleinbürgerlichen Führer glaubten noch an die Macht der „Gerechtigkeit“ und an die 14 Punkte. Sie schickten ihre Delegierten zu der Versailler Konferenz, aber, dort sahen sie sehr schnell ein, daß jede Hoffnung, von dem Obersten Rat nationale Unabhängigkeit zugesprochen zu bekommen, vergeblich war. Daraufhin beschlossen die irischen Nationalrevolutionäre sich selbst durch Anwendung von Machtmitteln zu helfen. Nach den 2½ Jahre währenden entschlossenen Versuchen, Irland zu unterjochen, verhandelte Lloyd George mit den Führern der revolutionären Bewegung. Die Folge dieser Unterhandlungen war der berühmte englisch-irische Vertrag vom 6. Dezember 1921. Dieser Vertrag hatte nur die oberen Schichten der irischen Bourgeoisie für England gewonnen, und zwar gegen Entgelt eines



Anteiles an der Ausbeutung des Proletariats und der Bauernschaft Irlands.

Das Resultat des Vertrages war praktisch dasselbe wie das der Versailler Friedensverträge. Statt der Nation Frieden und Harmonie zu bringen, brachte er Chaos, Bürgerkrieg und das Anwachsen der revolutionären Kräfte im Lande. In Irland wütet ein beispielloser Terror. Der Bürgerkrieg wird am intensivsten verdeutlicht durch den bewaffneten Kampf zwischen der Armee des Freistaates und den irischen Republikanern. Der Freistaat und seine Armee sind Vertreter des britischen Imperialismus und genießen die Unterstützung der Grundbesitzer, des Finanzkapitals und der irischen Kapitalisten; auf der anderen Seite genießt die republikanische Armee die Unterstützung einer großen Masse der landlosen Bauern und der noch nicht klassenbewußten Arbeiter.

Dieser Kampf berechtigt uns zu dem Glauben, daß er sich in einen Klassenkampf für die Diktatur des Proletariats umwandeln wird. Dies ist der Hauptgedanke betreffs der republikanischen Bewegung in Irland, und die Unterstützung dieser Bewegung gegen den Freistaat muß als Teil des internationalen Kampfes gegen den Versailler Friedensvertrag aufgefaßt werden.

FRIEDLÄNDER (Österreich): Österreich kann als das klassische Beispiel des Bankrottes der Friedensverträge bezeichnet werden. Und was jetzt in Österreich vor sich geht, ist in eminentem Maße eine internationale Angelegenheit.

Es ist nämlich eine internationale Aktion für Österreich im Gange, die eigentlich im internationalen Maßstab gegen die Arbeiterklasse Österreichs gerichtet wird. Der Völkerbund demonstriert derzeit an Österreich, was er ist, nämlich die maskierte Konterrevolution. Verschiedene Entente-Staaten haben den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um zur Erleichterung ihrer eigenen Wirtschaftslage Österreich vom Weltmarkt auszuschalten. Die österreichische Bourgeoisie tut dabei mit, in der Hoffnung, durch Schaffung einer kolossalen Reservearmee von Arbeitslosen die Löhne der österreichischen Arbeiter noch mehr herabzudrücken.

Das ist der Sinn der Aktion des Völkerbundes, der angeblich der Rettung Österreichs und der Beschaffung von Krediten für Österreich dienen soll. Von der Beschaffung von Krediten durch die Sieger- und Gläubigerstaaten ist gar keine Rede. Solange die Verhältnisse in Österreich nicht stabilisiert sind, hat gar keine Regierung ein Interesse daran, Österreich Kredit zu geben.

Wozu also die Genfer Kommission über Österreich? Sie dient nicht zur Realisierung von Krediten, sondern zur Realisierung der Bedingungen, die an diese Kredite geknüpft sind. Österreich soll ein reaktionärer Stütz- und Knotenpunkt für die Entente werden, ist es doch das Verbindungsland zwischen Bayern und Horthy-Ungarn, zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei, zwischen Italien und Bayern.

Die wesentlichen politischen Bestimmungen der Genfer Kommission sind: Einsetzung eines Statthalters des Völkerbundes, das österreichische Parlament soll auf 2 Jahre ausgeschaltet werden, die Ruhe und Ord-

nung soll durch verstärkte Gendarmerie und Polizei bei gleichzeitigem Abbau der aus proletarischen Elementen bestehenden Wehrmacht Österreichs aufrechterhalten werden. Jeder Arbeiter soll an Steuern und Abgaben mehr leisten als sein Einkommen von 6 Wochen beträgt. Hochschutzzölle und hohe Bahntarife werden eingeführt. Dazu kommt die Verschacherung der Staatsbetriebe an Privatkapitalisten, ein kolossaler Abbau von Staatsbeamten usw.

Die K. P. Ö. erkennt als einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage Österreichs die Verhinderung der Genfer Konvention und die radikale Erfassung des Besitzes im eigenen Lande. Die kleine österreichische K. P. hat bereits eine Aktion gegen den Genfer Vertrag begonnen, sie ist aber in diesem Kampfe vollständig *isoliert*. Die österreichische Sozialdemokratie hat zwar eine Protestaktion gegen das Abkommen durchgeführt, sie denkt aber nicht daran, es zu verhindern. In der Genfer Konvention ernennt die österreichische Sozialdemokratie das, was die Otto Bauer und Friedrich Adler selbst gesagt haben.

Es ist Aufgabe der K. I. und insbesondere der K. P. der sogenannten Garantiestaaten, also der Tschechoslowakei, Italiens, Frankreichs und Englands, den Scheinkampf der Sozialdemokratie in einen wirklichen Kampf hinüberzuführen und dabei den Völkerbund und die Sozialdemokraten zu entlarven. Was in Österreich geschieht, ist übrigens auch ein *Menetekel für Deutschland*. Auf Österreich erstrecken sich die Aspirationen verschiedener Siegerstaaten. Österreich kann also der Ausgangspunkt eines neuen kriegerischen Konfliktes in Europa werden. Um so notwendiger ist es, daß die K. I. sich mit den Interessen der österreichischen Arbeiterschaft identifiziert. Die gegenwärtige Lage in Österreich kann ein Ausgangspunkt sein, um die revolutionäre Entwicklung in Mitteleuropa weiterzutreiben. (Beifall.)

BERON bringt zur Verlesung einen *Aufruf zur österreichischen Frage* an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder, der die gegenwärtige Lage in Österreich im Zusammenhang mit dem Weltimperialismus zusammenfaßt und die Proletarier aller Länder, vor allem die Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei aufruft, ihre proletarische Solidarität gegenüber der schwerbedrohten österreichischen Arbeiterschaft auszuüben. Der internationalen kapitalistischen Front der Reaktion möge die internationale Front des Proletariats entgegenstehen.

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

#### REORGANISATION DES EXEKUTIVKOMITEES DER K. I. UND SEINE WEITERE TÄTIGKEIT.

EBERLEIN: Genossen, die in der Reorganisationsfrage eingesetzte Kommission schlägt Ihnen erhebliche Abänderungen der bisherigen Organisation der Exekutive vor. Das Ziel ist, den etwa noch vorhandenen föderalistischen Geist in der Organisation auszumerzen und zu versuchen, eine Exekutive zu schaffen, die die Leitung einer wirklich zentralisierten Weltpartei in die Hände nehmen kann. Daß diese Arbeit notwendig ist, daß wir mehr und mehr zu einer wirklich zentralisierten Weltpartei kommen müssen, ergibt sich für die K. I. von selbst.

Wir haben es im letzten Jahr z. B. erlebt, daß die Durchführung der Beschlüsse der verschiedenen Kongresse durch die einzelnen Sektionen nicht mit der nötigen Energie und nicht immer mit dem nötigen guten Willen vorgenommen wurde. Es ist eine wesentlich straffere Disziplin notwendig seitens der Sektionen und eine wesentlich straffere Kontrolle und ein energischeres Eingreifen seitens der Exekutive. Wir haben ferner erlebt, daß Aufrufe, die die K. I. im Interesse der Gesamtbewegung herausgegeben hat, von einzelnen Parteien nicht abgedruckt worden sind. Ein weiteres Übel hat sich darin gezeigt, daß führende Parteigenossen, wenn sie mit dem einen oder anderen Beschluß der Internationale nicht einverstanden waren, einfach demissionierten. Das sind unerträgliche Erscheinungen, die unter allen Umständen ausgerottet werden müssen.

Die Kommission bringt ferner erneut den Antrag, daß die Parteitage in Zukunft nach dem Weltkongreß wenigstens in der Regel stattfinden sollen. Ein weiterer Mißstand besteht darin, daß verschiedene Sektionen ihre Delegationen zum Weltkongreß mit gebundenem Mandat schicken. Es verstößt völlig gegen den Geist der K. I., wenn einzelne Delegationen mit gebundenem Mandat erscheinen und alle Auseinandersetzungen umsonst sind, weil die Delegationen durch ihre Partei gebunden sind, so und nicht anders zu stimmen.

Die Kommission schlägt des weiteren vor, daß in Zukunft das Präsidium und die Exekutive der Internationale nicht mehr wie bisher von den einzelnen Sektionen an den Sitz der Exekutive delegiert werden, sondern, daß sie hier vom Weltkongreß gewählt werden. Es ist also notwendig, daß nicht mehr jeder Partei und jeder Sektion es überlassen sei, den Vertreter zu schicken, den sie will, und ihn wieder abzurufen, wenn es der Partei gefällt. Erst dann werden sie als verantwortliche Mitarbeiter im Präsidium und der Exekutive der K. I. tatsächlich mitarbeiten.

Die Zusammensetzung der Leitung der K. I. schlagen wir wie folgt vor: einen Präsidenten und eine Exekutive von 24 Mitgliedern, der zwei Vertreter der Jugendinternationale angehören. Diese 25 Vertreter sollen hier auf dem Weltkongreß gewählt werden. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Sektionen das Vorschlagsrecht haben. Wir schlagen ferner vor, außen diesen 25 ständigen Mitgliedern der Exekutive 10 Kandidaten zu wählen, die in ihrem Lande bleiben, bis sie als Ersatzleute angefordert werden.

Die Kommission schlägt weiter vor, daß die Erweiterte Exekutiv-sitzung aus der Exekutive ein Präsidium wählt; die Zahl der Mitglieder steht nicht fest, es werden wahrscheinlich 9—11 Mitglieder werden. Das Präsidium, das gleichzeitig als eine Art politisches Büro zu betrachten ist, hat die politischen Aufgaben der Internationale zu lösen. Es hat ein Organisationsbüro, das wahrscheinlich aus 7 Mitgliedern bestehen wird. Die Aufgaben des Organisationsbüros sind, auf die organisatorische Gestaltung der einzelnen Sektionen einzuwirken.

Wir schlagen weiter die Einrichtung eines Generalsekretariats vor, das ein Hilfsorgan des Präsidiums sein soll, und die Errichtung einer Agitations- und Bildungsabteilung, die dem Präsidium direkt unterstehen soll. Die nächste noch zu beschließende Abteilung ist die Orientabtei-

lung. Die Erweiterte Exekutive soll alle 4 Monate zusammentreten, so daß neben dem Weltkongreß noch 2 Sitzungen stattfinden. Die Zusammensetzung der Erweiterten Exekutive denken wir uns so, daß ihr zunächst die 25 Mitglieder der Exekutive angehören, dann je weitere drei Vertreter der Parteien Deutschlands, Frankreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Italiens, sowie 3 Vertreter der Jugendinternationale und der Profintern, soweit auf dem Kongreß der Profintern nicht andere Beschlüsse gefaßt werden, dann je zwei Vertreter aus England, Polen, Amerika, Bulgarien und Norwegen und je ein Vertreter aus allen übrigen stimmberechtigten Sektionen.

Als weitere Neueinrichtung schlägt die Kommission vor, daß der Exekutive das Recht zuerkannt wird, Bevollmächtigte in die einzelnen Sektionen zu schicken. Des weiteren schlagen wir Ihnen vor, die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission in Zukunft, von Jahr zu Jahr wechselnd, zwei Sektionen zu überweisen. Für dieses Jahr soll die deutsche und französische Kom. Partei diese Kontrollkommission bilden. Wir empfehlen, daß die größeren Parteien ihre Vertretungen gegenseitig austauschen.

Bezüglich der Abhaltung des Weltkongresses schlagen wir Ihnen vor, daß diesmal noch beschlossen werde, den Weltkongreß im nächsten Jahr wieder abzuhalten. Wir glauben, allmählich soweit zu kommen, daß wir so große Kongresse wie in diesem Jahr seltener, vielleicht alle zwei Jahre, abhalten. In der Frage der Revision des Statutes der K.I. schlagen wir vor, die Exekutive zu beauftragen, die Vorbereitungen für die Revision und Erweiterung des Statutes zu treffen. Genossen, wir hoffen, daß Sie diese Vorschläge annehmen und wir dadurch dem Ziele einen wesentlichen Schritt näherkommen. (Lebhafter Beifall.)

## SIEBENUNDZWANZIGSTE SITZUNG

AM 30. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: *Marchlewski*, später *Kolarow*.

Redner: *Bordiga*, *Kolarow*, *Grün*, *Katayama*, *Eberlein*, *Radic*, *Sascha*, *Varga*, *Felix Kon*.

BORDIGA findet im allgemeinen den Organisationsentwurf in allen seinen Teilen durchaus anwendbar. Zur Frage der Demissionen empfiehlt er das System anzuwenden, das in der K. P. I. mit Erfolg angewandt wurde, nämlich daß die Demissionen unverzüglich angenommen werden, aber derjenige Genosse, der demissioniert hat, in den nächsten ein bis zwei Jahren seinen Platz in der Partei nicht wieder einnehmen darf. Redner äußert sich ferner zu dem Vorschlag, eine zweijährige Frist zwischen den Weltkongressen einzuführen: Sollte der nächste Kongreß mit Arbeit und Fragen nicht so überhäuft sein, wie es dieser war, so wäre es richtig, diesen bedeutenden, organisatorischen und finanziellen Aufwand nicht zu wiederholen. Der Kongreß hat jedoch bis jetzt die wichtigsten Fragen nicht geklärt. So finde ich den Gedanken absurd, den 5. Weltkongreß erst in zwei Jahren abzuhalten. Ich behalte mir im Namen der Majorität der italienischen Delegation